

Zeitschrift: Beiträge zur Geschichte Nidwaldens
Herausgeber: Historischer Verein Nidwalden
Band: 48 (2018)

Artikel: "Schuld und Ursache ist der Unglaube" : warum der Landesstreik in Nidwalden nicht stattfand
Autor: Schleifer, Karin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-842060>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Schuld und Ursache ist der Unglaube»

Warum der Landesstreik in Nidwalden nicht stattfand

**JEDER SCHWEIZERBÜRGER AN
DIE URNE! ES GEHT UM ALLES!**



**Fort
mit russischen Umsturz-
gelüften! Stimmt
bürgerlich!**

Der Landesstreik vom November 1918 war die schwerste politische Krise der Eidgenossenschaft seit dem Sonderbundkrieg von 1847. Er bildete den Höhepunkt der sozialen Spannungen, welche die Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs zutiefst erschütterten. Der Bundesrat erliess ein Truppenaufgebot gegen die protestierende und streikende Arbeiterschaft. Dadurch eskalierte der Konflikt und ein landesweiter Generalstreik wurde ausgerufen. Truppen aus ländlichen Gebieten, darunter auch Nidwaldner, wurden aufgebotsen, um in den industriellen Zentren für «Ruhe und Ordnung» zu sorgen. Im Sonderbundkrieg waren die konservativen Katholiken die Besiegten gewesen, die nach ihrer Niederlage mit vielen Anfeindungen und Vorurteilen zu leben hatten. Nach dem Landesstreik ereilte dieses Schicksal die politische Linke, und der Graben zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie vertiefte sich markant.²

Im November 1918 blieb es ruhig in Nidwalden – der Landesstreik fand nicht statt. Die Gründe dafür lagen in der Struktur der Wirtschaft, der Organisation der Arbeiterschaft, in den vorherrschenden weltanschaulichen Strömungen sowie in den konkreten Lebensbedingungen der Nidwaldner Bevölkerung.

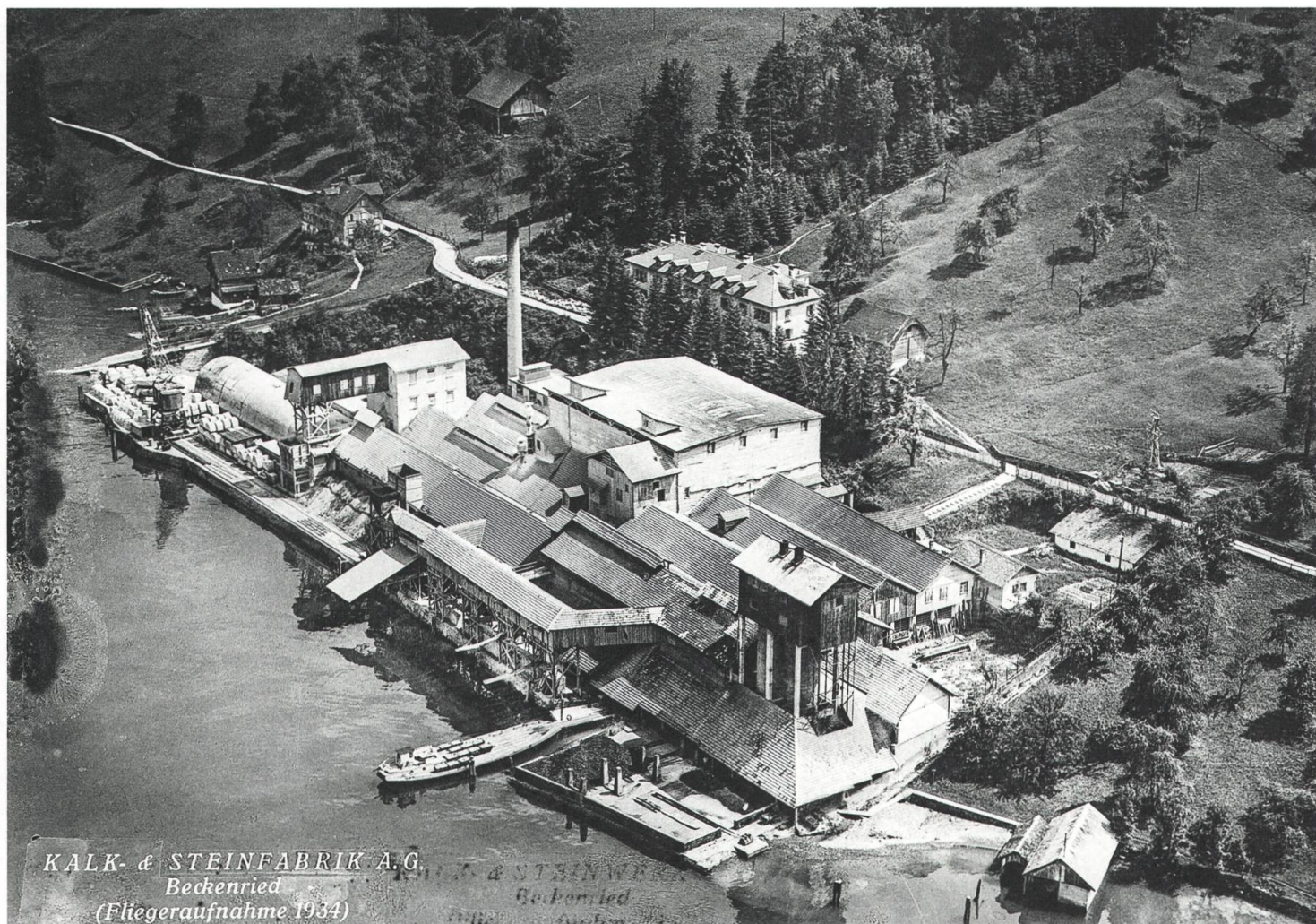
Geringe Industrialisierung

Die schlechte Verkehrserschliessung und eine «passive bis gewerbefeindliche Politik» sind die meistgenannten Grün-

de für die schwache und späte Industrialisierung Nidwaldens.³ 1905 arbeiteten in Emmetten, Ennetbürgen, Ennetmoos, Oberdorf und Wolfenschiessen mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (Primärsektor), wobei kleinere Betriebe vorherrschten.⁴

Die meisten Angestellten im Dienstleistungsbereich (Tertiärsektor) fanden Arbeit im boomenden Tourismus. Im Sekundärsektor waren Handwerk und Gewerbe für den einheimischen Bedarf vorherrschend; lediglich etwa ein Drittel der Arbeitnehmer arbeiteten in Betrieben, die dem Fabrikgesetz unterstellt waren. Diese produzierten Schuhe, betrieben Textilverarbeitung (Seidenweberei, vor allem in Heimarbeit), Stein- und Holzverarbeitung, oder sie stellten Kalk, Zement, Gips oder Glas her.⁵ Die beiden grössten Betriebe waren die Glasfabrik Hergiswil (Glasi) und die Kalk- und Zementfabrik Beckenried – diese beschäftigten 1905 zusammen 130 Arbeiter.⁶ 1910 waren 37% der Erwerbstätigen im Primär-, 34,5% im Sekundär- und 28,5% im Tertiärsektor beschäftigt.⁷ 1911 wurden 557 Industriearbeiter gezählt, 1916 waren es 618.⁸

Grosse Bundesbetriebe gab es in Nidwalden nicht – anders als beispielsweise in Uri und Schwyz mit ihren Eisenbahnstandorten.⁹ Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein verstand sich Nidwalden als Landwirtschaftskanton. In den um die Jahrhundertwende entstandenen Fabriken arbeiteten überdurchschnittlich viele Ausländer – diese Arbeitsplätze übten auf die Einheimischen wohl keine grosse Anziehungskraft aus.¹⁰ Oder anders



Die Kalk- und Zementfabrik Beckenried wurde 1883 gegründet und stetig ausgebaut. Während des Ersten Weltkriegs lieferte sie Kalk als Rohstoff an Karbidfabriken. Der Betrieb wurde 1971 geschlossen und die Fabrikanlage 1978 abgebrochen.

ausgedrückt: «Fabrik und Fabrikvolk hatte bei uns lange Zeit einen weniger guten Goût.»¹¹

Katholische Mentalität und kirchlicher Anspruch

Urs Altermatt machte die katholische Mentalität mit ihrer tendenziell fortschrittsfeindlichen Grundhaltung für die geringe Industrialisierung verantwortlich.¹² Ein wesentlicher Unterschied zu den reformierten Gegenden war: Nicht wirtschaftlicher Erfolg oder ein

hohes Einkommen sorgten für gesellschaftliches Ansehen, sondern ein aktives Leben im Dienste der Gesellschaft. Reichtum besass nur dann eine moralische Legitimation, wenn er mit den weniger Begüterten geteilt wurde. Zahlreiche Nachrufe im *Nidwaldner Volksblatt* belegen dies. Dass diese Grundhaltung auch in der Politik eine wichtige Rolle spielte, dafür sorgten die politisch führenden Familien und die Geistlichen. Die religiös-kirchliche Einflussnahme auf Wirtschaft und Gesellschaft war an der Tagesordnung, zum Beispiel bezüglich Tanzgesetzen und Sonntagsheili-

gung oder dem Einsitz von Geistlichen in Schulbehörden. Von den Liberalen und später den Sozialdemokraten als Bevormundung geächtet, verstand sich die Kirche selber als fürsorglich und beschützend. Sie hatte den Anspruch, «die gesamte Gesellschaft nach den Grundsätzen und Prinzipien der eigenen katholischen Doktrin zu gestalten».¹³ Weltanschauliche Neutralität gab es in diesem System nicht: «Staat und Politik hatten sich zur ‹katholischen› Wahrheit zu bekennen. Taten sie es nicht, so standen sie im Widerspruch zur kirchlichen Lehre.»¹⁴ Das Volk hatte sich als Herde der kirchlichen Autorität unterzuordnen. Dieses Autoritätsverständnis erstreckte sich auf alle Lebensbereiche, auch auf die Arbeitswelt.¹⁵ Die Unterordnung unter die Autorität des Patrons war aber keine Einbahnstrasse, denn der Patron hatte im Gegenzug die Pflicht, für seine Untergebenen zu sorgen.

Beginn der Arbeiterbewegung in Nidwalden

Vorläufer der organisierten Arbeiterschaft der Schweiz war der 1838 in Genf gegründete, patriotische Ziele verfolgende Grütliverein. Er stand zunächst dem demokratischen Flügel des Freisinns nahe, vor allem in der Innerschweiz. Nach der Jahrhundertwende näherte er sich der Sozialdemokratie an. Er wollte erreichen, dass Patrons und Arbeiter gemeinsam für den Fortschritt und für soziale Verbesserungen wirkten. Der letzte Schweizer Kanton, in dem sich

ein Grütliverein bildete, war Nidwalden. Auf Initiative des streitbaren liberalen Stanser Anwalts Melchior Lussi wurde er 1897 gegründet. Neben geselligen Veranstaltungen bot der Verein auch eine Krankenkasse an, und er gründete 1905 den Konsumverein Stans.¹⁶ Sein Hauptziel war jedoch die politische und staatsbürgerliche Bildung der Arbeiterschaft: «Wir sind keine Anarchisten und keine Umstürzler, unsere Waffen sind die Schulbücher und die Stimmurnen!»¹⁷ In den ersten Jahren hatte der neuartige Verein einigen Erfolg – Mitgründer Franz Odermatt, der spätere Landeschreiber und liberale Redaktor des *Unterwaldners*, sprach von 200 Mitgliedern.¹⁸ 1902 waren es jedoch nur noch 18.¹⁹ Ein Grund für den schnellen Niedergang war, dass die Initianten Odermatt und Lussi 1902 die Liberale Partei gründeten. Die liberalen Mitglieder gingen deshalb wohl verloren und der Stanser Grütliverein näherte sich der Sozialdemokratie an.²⁰ So erlebte Stans 1904 die erste Maifeier, an welcher der sozialistische Zürcher Stadtparlamentarier Karl Manz-Schäppi zum Thema «Wie kann der kleine Mann auch heutzutage vorwärtskommen?» sprach.²¹ Der *Unterwaldner* vermerkte «sozialistische Anklänge» und wies darauf hin, dass viele junge Leute im Festzug mitgelaufen seien, «während die alten bekannten Führer dabei fehlten».²² Das *Nidwaldner Volksblatt* polemisierte im Vorfeld der Versammlung gegen die SP und den von ihr propagierten Klassenkampf.²³ Meist jedoch verfolgte die konservative Zeitung die Taktik, den

Maifeier

des

Grütlivereins Stans

Sonntag den 1. Mai 1904

im „Adler“ in Stans

unter gefl. Mitwirkung der Stanser Neuner-Musik.

Der Nidwaldner Grütliverein wurde 1897 gegründet. Zunächst noch von Liberalen geprägt, orientierte er sich nach 1902 verstärkt an der Sozialdemokratie. Referent an der Maifeier 1904 war der Zürcher SP-Stadtparlamentarier Karl Manz-Schäppi.

Grütliverein, der noch bis 1908 existierte, zu ignorieren.

Katholische Gegenspieler

Die katholische Soziallehre wollte Verbesserungen für die Arbeiterschaft auf der Basis christlicher Nächstenliebe erreichen. Die verschiedenen Stände – die Linke sprach in diesem Zusammenhang von Klassen – sollten gemeinsam für den sozialen Fortschritt arbeiten, und zwar innerhalb des herrschenden politischen Systems.²⁴ Der Sozialismus wie auch der Kapitalismus galten hingegen als materialistische Systeme, welche

die geistigen und seelischen Bedürfnisse der Menschen ignorierten und einzig auf materielle Ziele hinarbeiteten. Das Vordringen sozialdemokratisch inspirierter Ideen, wie sie der Grütliverein vertrat, rief darum schnell die Gegenseite auf den Plan: Ebenfalls im Jahr 1897 entstanden auf Initiative von Hans von Matt-Odermatt in verschiedenen Gemeinden katholische Männer- und Arbeitervereine. Als Redaktor des *Nidwaldner Volksblatts* sorgte von Matt dafür, dass über die katholischen Vereine stets wohlwollend und ausführlich berichtet wurde. Anlässlich der Gründung des Vereins für Wolfenschiessen-Dallenwil betonte der Wolfenschiesser

Gemeindepräsident Anton Zumbühl die Notwendigkeit solcher Vereine, «da die übrigen wirtschaftlich-politischen Vereine, spez. der Grütliverein auf materialistischer d.h. glaubensloser Weltanschauung aufgebaut sind».²⁵ 1898 hatten die Nidwaldner Männer- und Arbeitervereine bereits 795 Mitglieder.²⁶ Ihre Ziele waren – obwohl sie Gegenspieler waren – mit denjenigen des Grütlivereins vergleichbar. Und auch die Männer- und Arbeitervereine boten, quasi als Hauptattraktivität, eine Krankenkasse an. Eines ihrer wichtigsten Anliegen war die Verbesserung der Berufsbildung. Ab 1904 nahmen sie auch Frauen auf und nannten sich fortan Volksvereine.²⁷ Sie integrierten alle Bereiche des religiösen, kulturellen und sozialen Lebens in ihr Programm und betrieben zum Beispiel in verschiedenen Gemeinden Volksbibliotheken.²⁸

Christlichsozialer Arbeiterverein in Buochs

Anders als die Volksvereine, welche die ganze Bevölkerung ansprachen, richteten sich die christlichsozialen Arbeitervereine explizit an die Arbeitnehmer. Diese sollten von konfessionell neutralen Gewerkschaften – und damit von der Sozialdemokratie – ferngehalten werden. Stattdessen wollte man sie in separaten christlichen Verbänden unter Kontrolle halten. Die Kirchenoberen fürchteten nämlich, dass die Arbeiter in sozialdemokratischen Gewerkschaften vom katholischen Glauben abfallen

würden.²⁹ Streiks durften gemäss den Programmleitsätzen der Christlichsozialen von 1907 nur «als letztes Mittel und wenn Erfolg versprechend, angewandt werden».³⁰ Der Idee eines Generalstreiks lehnten die Christlichsozialen seit jeher ab. In ihrer Zeitschrift *Der Arbeiter* stand 1917, ein Generalstreik sei «ein Spielen mit Feuer und Schwert, mit Blut und Revolution».³¹

In Nidwalden wurde der erste christlichsoziale Arbeiterverein 1907 in Buochs gegründet, und zwar als Reaktion auf den Grütliverein. Der Pfarrer von Buochs ermunterte die anwesenden Arbeiter zum Beitritt. Der Verein diene «als Verfechter der Arbeiterrechte und als Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie, die sich alle erdenkliche Mühe gibt, um auch hierzulande sich einzudrängen und die Geister zu verwirren, freilich bis dato mit sehr bescheidenem Erfolg».³²

Konkurrenzkampf

Die kontinuierliche Agitation gegen die Sozialdemokratie scheint in Nidwalden Früchte getragen zu haben: Der Grütliverein verschwand Ende 1908 aus dem Inserateteil des *Nidwaldner Amtsblatts*. Der letzte Eintrag war die Werbung für eine Novemberfeier mit Reden, Lustspielen und Tanz im Stanser Adler.³³ Ein Jahr später organisierte der Stanser Volksverein, ebenfalls im November, einen Unterhaltungsabend.³⁴ Dies zeigt deutlich den Konkurrenzkampf, den sich die verschiedenen Weltanschauungen lieferten: Sie mussten sich anstrengen und etwas

bieten, um Anhänger zu gewinnen oder sie dem Gegner abspenstig zu machen. Auch die Gründung von Genossenschaften betrieben die Christlichsozialen aktiv. So entstanden 1909 in Hergiswil und 1910 in Buochs Darlehenskassen. Regelmässig wurden die Mitglieder auf ihre weltanschauliche Grundlage eingeschworen «im Kampfe gegen die christentumsfeindlichen und antipatriotischen Tendenzen der Sozialdemokratie».³⁵ Die so Angegriffenen hielten dagegen: «Lohnarbeiter von Nidwalden! Lasst euch [...] nicht mehr länger zurückschrecken, wenn auch gewisse Leute das Gruseln vor der Sozialdemokratie euch in die Glieder jagen wollen, so schenkt ihnen keinen Glauben; denn nicht die Sozialdemokraten sind Verführer, sondern der Mammon. Nun ist dieser aber grösstenteils bei unseren Gegnern zu suchen. Wohlan, ihr Saisonarbeiter und auch die ständigen, beschreitet den Weg zur Organisation. Vereinte Kraft nur Gutes schafft.»³⁶

Arbeiterbewegung im Innerschweizer Vergleich

Der sozialdemokratische *Centralschweizerische Demokrat* listete die Zahl der 1916 unter dem Fabrikgesetz arbeitenden Innerschweizerinnen und Innerschweizer auf: In Luzern hatte es deren 9860, in Schwyz 4173, in Zug 3722, in Uri 1732, in Nidwalden 618 und in Obwalden 292.³⁷ Die Zahlen waren im Verlauf des Kriegs in allen Kantonen, ausser in Obwalden, angestiegen.

Am stärksten war die Zunahme wegen der Munitionsfabrik in Uri gewesen. 1902 gab es erst in Luzern und Zug sozialdemokratische Organisationen.³⁸ 1907 wurde die Arbeiterpartei Uri gegründet, die sich erfolgreich entwickelte, vor allem im Bereich der Gewerkschaften. Erste Sektionen entstanden in Erstfeld und Altdorf, und 1909 erfolgte der Anschluss an die SP Schweiz.³⁹ Der Grütliverein Schwyz arbeitete zunächst weiter mit den Freisinnigen zusammen und gab ab 1912 die Zeitung *Schwyzener Demokrat* heraus. Die erste Schwyzener SP-Sektion bzw. Arbeiterpartei wurde 1916 im Eisenbahnerdorf Goldau gegründet.⁴⁰ In Nidwalden und Obwalden hatten sozialdemokratische Arbeiterorganisationen hingegen wenig Zulauf und sie waren kaum präsent. Das lässt sich auch daran ablesen, dass im *Centralschweizerischen Demokrat* nur selten Berichte über die beiden Kantone erschienen. Und wenn, dann beinhalteten sie Klagen darüber, dass die Arbeiter kaum organisiert seien und dass es keine sozialdemokratische Bewegung gebe. So berichtete ein Nidwaldner Korrespondent 1914: «Eine Arbeiterpartei haben wir hier ja nicht.»⁴¹

Schwierige Situation im Krieg

Der Alltag der Menschen änderte sich stark durch den Kriegsausbruch. Männer mussten wochenlang in den Militärdienst und fehlten zu Hause und an den Arbeitsplätzen. Die starke Teuerung und die zunehmende Lebensmittelknappheit



In der Hergiswiler Glasi waren während des Ersten Weltkriegs neben Facharbeitern (Glasbläsern) und Hilfsarbeitern auch Jugendliche beschäftigt. Sie ersetzen die Arbeiter, die Aktivdienst leisteten und deshalb am Arbeitsplatz fehlten.

waren Extremsituationen für zahlreiche Familien (siehe Artikel Huber und Krämer). Vor allem in den Städten war die Not der einfachen Bevölkerung gross. Die Behörden waren überfordert und schienen hilflos. Gleichzeitig machten Unternehmen und Patrons teilweise riesige Gewinne: «Skrupellose Kriegsgewinnler und Spekulanten stellten vorab in den Städten ihren Wohlstand offen zur Schau, was die Erbitterung weiter Bevölkerungskreise zusätzlich steigerte.»⁴² Die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft und auch zwi-

schen Bauern und Arbeitern nahmen zu. Letzterer ist in den Nidwaldner Quellen kaum greifbar, wohl weil die bäuerliche Bevölkerung die Mehrheit stellte. Dies im Unterschied zu Luzern: «Es ist geradezu unglaublich, wie einseitig und verständnislos bäuerliche Kreise der Arbeiterschaft gegenüberstehen, [...] als ob sie aus zwei grundverschiedenen Welten nebeneinander gestellt worden wären.»⁴³ Obwohl die Nidwaldner Arbeiterschaft nicht auf Rosen gebettet war, blieb es in Nidwalden einigermaßen ruhig. Anders als sozialdemokratische Gruppierungen

Glasi Hergiswil – Missstände oder Vorzeigebetrieb?

Wie verschieden ein- und dieselbe Situation von den entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums wahrgenommen wurde, zeigt der Fall der Glasi Hergiswil. Der *Centralschweizerische Demokrat* erhob 1917 schwere Vorwürfe gegen den Betrieb: Es würden dort 12- bis 13-jährige Knaben beschäftigt und zwar in Tag- und Nachtschichten. «Wo stecken da die Aufsichtsbehörden? Auch die Löhne in diesem Betriebe sind sehr schlecht. Die früher bestandene Arbeiterorganisation wurde von den allmächtigen Herren unterdrückt. Die beim Kriegsbeginn vorgenommene Lohnreduktion sei bis heute noch nicht nachgebessert worden. Da die Arbeiter mit den jetzigen Löhnen nicht mehr leben können, beginnen sie sich allmählig doch wieder um ihre Menschenrechte zu interessieren.»¹

Darauf erschien eine Entgegnung des Vorstands der Arbeiter-Krankenkasse der Glasfabrik,² kommentiert vom *Demokraten*: «Dass bei Kriegsausbruch die Löhne um 15 Prozent reduziert worden sind, gibt der Krankenkassen-Vorstand zu, sagt aber, das habe nicht lange gedauert. Wäre eine brauchbare Gewerkschaft vorhanden gewesen, wäre die Reduktion wahrscheinlich überhaupt unterblieben. Ferner seien nachher die Löhne aufgebessert worden.» Aber nur bei den Glasmachern, die weniger gut qualifizierten Arbeiter hätten sich weiterhin mit 4.00 Franken bis 4.50 Franken pro Tag begnügen müssen. «Reklamiert ein Arbeiter auf dem Bureau, so bekommt er zur Antwort: Wenn er zu wenig verdiene, so könne er ja gehen, es seien genug Arbeiter da, die noch billiger schaffen.»

Moniert wurden ferner die Lohnauszahlungen: Ausbezahlt würde jeweils nur ein Teil des Lohns. Den Rest erhielten die Arbeiter Ende Jahr, aber niemand habe die Kontrolle über sein Guthaben und es existiere kein Lohntarif. Pflanzland werde zwar von der Direktion gratis abgegeben und den Wehrmännern eine Unterstützung gewährt, doch dies sei nur recht und billig. «Bedauerlich ist, dass sich Arbeiter dazu hergeben, das Unternehmertum gegen gerechtfertigte Vorwürfe zu verteidigen.»³

Gut zwei Wochen später wurden weitere Missstände publik: Besonders während der Ferien würde die Glasi Kinder beschäftigen. Diese müssten am Samstagabend von 18.00 Uhr bis 2.00 Uhr in der Nacht arbeiten, und der Pfarrer verlange dennoch, dass sie am Sonntag in den Vormittagsgottesdienst kämen. Andere Glashütten würden zudem höhere Löhne bezahlen. «Hier Wandel zu schaffen, ist nur möglich, wenn die Arbeiter sich dem Holzarbeiterverband anschliessen.»⁴ Tatsächlich existierte 1908 kurzzeitig ein Holzarbeiterverband: Er veranstaltete zusammen mit dem Grütliverein Stans, der auch Hergiswil abdeckte, eine Novemberfeier in Stans.⁵ Damit ist wohl der von der Direktion unterdrückte Verband gemeint. Dass über längere Zeit «junge Burschen unter 16 Jahren in der Nachtschicht» arbeiteten, belegt ein Untersuch, den der Regierungsrat im Juni 1918 gegen die Glasfabrik einleitete.⁶

Ganz anders die Wahrnehmung der Gegenseite: Der liberale Direktor der Glasfabrik in Hergiswil erfüllte in den Augen des konservativen *Nidwaldner Volksblatts* vorbildlich seine patronale Pflicht, seinen Angestellten mit christlicher Nächstenliebe zu begegnen. Dem Nachruf ist zu entnehmen, dass Fabrikant J. J. Siegwart bei seinen Arbeitern, aber auch in Hergiswil und in ganz Nidwalden, sehr geschätzt worden sei: «Als leuchtendes Vorbild der wohlwollenden Hingebung eines Fabrikherrn unterhielt der Verstorbene ein angenehmes Verhältnis zu den Arbeitern und suchte



J. J. Siegwart war Direktor der Glasi Hergiswil. Er verstand sich als klassischer Patron, das heisst als fürsorgliche Autoritätsperson.

ihren Lohnforderungen möglichst gerecht zu werden. Diese brachten ihm aber auch viel Liebe und Achtung entgegen.» Mit seiner «Seele voll Liebe und Güte» unterstützte er den Turn-, Musik-, Verkehrs- und Gewerbeverein und sei auch Wohltäter von Armen- und Krankenkassen gewesen. Wegen seines Ansehens wurde er in den Schulrat und in den Kirchenrat gewählt, welchen er als Kirchmeier präsidierte. Als einer von nur wenigen Nicht-Kantonsbürgern vertrat er seine Wohngemeinde Hergiswil auch im Landrat.⁷

Ob Siegwart ein engherziger, ausbeuterischer Kapitalist oder ein edler, christlicher Wohltäter war, lässt sich ohne einen vertieften Blick in die Geschichte der Glasi in den (Nach-)Kriegsjahren nicht beurteilen. Der Gegensatz in der Wahrnehmung in den politischen Blättern hätte jedenfalls kaum grösser sein können.

1 CD, 13.8.1917, S. 2.

2 Zitiert aus Luzerner Tages-Anzeiger, Nr. 208.

3 CD, 14.9.1917, S. 2–3.

4 CD, 1.10.1917, S. 3.

5 Amtsblatt 1908, nicht-amtl. Teil, S. 1042.

6 RR P, RRB Nr. 35 vom 3.6.1918, S. 388–389.

7 NV, 22.3.1919, S. 2–3.

in anderen Regionen stellten die katholischen Nidwaldner Arbeitervereine ihre Aktivitäten während des ganzen Kriegs sogar weitgehend ein.⁴⁴ Und die ausländischen Fabrikarbeiter – sie stammten vor allem aus Italien – wagten es wohl kaum zu protestieren. Dabei hätte es durch-

aus Protestpotenzial gegeben: So hielten gemäss einem Bericht des eidgenössischen Fabrikinspektors viele Betriebe in Nidwalden die gesetzlichen Arbeitszeiten nicht ein.⁴⁵ Überzeit-, Sonntags- und Nachtarbeit sowie die Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren

waren verbreitet. Zudem kam es häufig zu Unfällen, bei denen die Betriebe die Rechte der Arbeiter nicht immer respektierten.⁴⁶

Der Unmut der Nidwaldner Bevölkerung richtete sich hauptsächlich gegen die Umsetzung der Lebensmittelrationierung (siehe Artikel Krämer). Teuerungsdemonstrationen gab es allerdings keine – im Gegensatz zu Luzern: Ende August 1918 fand dort die erste Teuerungsdemonstration statt, nachdem bereits 1917 in verschiedenen anderen Städten protestiert worden war.⁴⁷ Die Luzerner SP, die zur Demonstration aufgerufen hatte, warf dem Bundesrat und der Luzerner Kantonsregierung vor, einseitig die Interessen der Bauern zu fördern und diejenigen der Arbeiter zu ignorieren. Es herrsche «im gesamten Proletariat tiefe Missstimmung über die Teuerung, die Hamstereien, Wucher- und Schmuggelaffären».⁴⁸

Massnahmen der Regierung

Insgesamt litt die Bevölkerung in Nidwalden weniger stark unter Nahrungsmittelknappheit und Arbeitslosigkeit als in manch anderen Gebieten (siehe Artikel Huber). Die Versorgung mit Lebensmitteln war wegen der landwirtschaftlichen Prägung des Kantons besser als in den Städten. Zudem bemühte sich die Regierung beim Bund um verbesserte Rahmenbedingungen. Man könnte auch sagen, sie versuchte Vergünstigungen auszuhandeln. So erreichte der Regierungsrat bei der Bundesverwaltung, dass

weiterhin die vertraute Butter anstelle der verhassten Fett-Ersatzprodukte abgegeben werden durfte. Auch konnte durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen wie die Militärschneiderei, die Interniertenbeherbergung und nach dem Krieg die grossen Meliorationsprojekte die Arbeitslosigkeit tief gehalten werden. Soziale Verbesserungen, die etwas kosteten, wurden von der Regierung aber nicht gerade aktiv vorangetrieben – und auch die Mehrheit der Stimmbürger stützte diese Politik der tiefen Staatsausgaben jeweils an den Landsgemeinden. Wenn hingegen «ein anderer» zahlte, sah es anders aus. So erhielten verhältnismässig viele Nidwaldnerinnen und Nidwaldner Notunterstützungen, von denen der Bund volle drei Viertel übernahm. Die ausbezahlte Summe belief sich bis Ende 1916 bereits auf 139 185 Franken,⁴⁹ was die angespannte soziale Lage eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung belegt.⁵⁰

Einigungen mit Arbeitern vor dem Landesstreik

Wie an zahlreichen anderen Orten der Schweiz erreichten auch Arbeiter in Nidwalden vor dem Landesstreik Verbesserungen ihrer Anstellungsbedingungen.⁵¹ Anlässlich einer Lohnbewegung⁵² vom Mai 1918 organisierten sich die Arbeiter der Kalk- und Zementfabrik Beckenried in einer sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaft. Sie konnten mit der Direktion einen Tarifvertrag abschliessen und die Löhne und Arbeitsbedingungen verbessern.⁵³ Erstmals kam dabei

die kantonale Einigungsstelle für Fabrikkonflikte zum Einsatz.⁵⁴ Gemäss der neuen Fabrikordnung vom Juli 1918 betrug die Arbeitszeit 59 Stunden pro Woche, Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr und am Samstag von 7 bis 17 Uhr, bei einer Mittagspause von einer Stunde.⁵⁵

Auch die Angestellten der beiden wichtigsten Verkehrsbetriebe hatten im Vorfeld des Landesstreiks Erfolg mit ihren Lohnbewegungen. Zumindest die Angestellten der Dampfschiffgesellschaft des Vierwaldstättersees (DGV), welche im Mitbesitz der an den Vierwaldstättersee angrenzenden Kantone war, und der Stansstad-Engelberg-Bahn hätten möglicherweise am Landesstreik teilgenommen, wenn die Behörden nicht auf einige ihre Forderungen eingegangen wären. Die DGV war für Nidwaldens Verkehr, die Lebensmittelversorgung und den Handel unabdingbar. Die Gesellschaft hielt nach dem Kriegsausbruch die geltenden Verträge nicht mehr ein.⁵⁶ Nachdem sie beinahe die Hälfte des Personals entlassen, den Tarifvertrag gekündigt und den verbliebenen Angestellten neue Dienstverträge aufgezwungen hatte, erreichten die empörten Angestellten mit Hilfe der Gewerkschaften durch Streikdrohungen im Juni und Oktober 1918 verbesserte Arbeitsbedingungen sowie Teuerungs- und Kinderzulagen. Damit konnte ein Streik abgewendet werden.⁵⁷ Auch die Angestellten der Stansstad-Engelberg-Bahn, die nach Kriegsbeginn wegen des Einnahmenrückgangs Lohnkürzungen hinnehmen mussten, erhielten im August 1918 nach Streikdrohungen mehr Lohn.⁵⁸

Kalk- & Cementfabriken
Aktiengesellschaft
BECKENRIED

Zahltag pr. **189**

Name

		Fr.	Rp.
Stunden	à		
Abzüge .			
Versicherung			
Logis			
Spital			
Vorschuss			
An Baar Fr.			

Das Zahltagscouvert der Kalk- und Zementfabrik Beckenried war gleichzeitig die handschriftlich ausgefüllte Lohnabrechnung für den Arbeiter.

In den kleineren Gewerbebetrieben wurden Arbeitsstreitigkeiten wahrscheinlich innerbetrieblich ausgetragen – in den Quellen ist jedenfalls nichts darüber zu finden. Das patronale System, in welchem sich der Arbeitgeber um die Belegschaft zu kümmern hat, funktionierte wohl einigermaßen – nicht zuletzt wegen der sozialen Kontrolle in den kleinräumigen Verhältnissen Nidwaldens. Teuerungszulagen wurden auf Verlangen der Arbeiterschaft teilweise gewährt, so zum Beispiel den Arbeitern der Genossenkorporation Hergiswil.⁵⁹ Ende 1917 beschloss der Landrat Teuerungszulagen für die Staatsangestellten, im Vergleich zu den Bundesangestellten

«allerdings sehr bescheidene»; aufgebessert wurden diese erst unmittelbar nach dem Landesstreik.⁶⁰

Revolutionsangst

Im Herbst 1918 befanden sich grosse Teile der Schweiz in Aufruhr. Die politische Rhetorik war aggressiv, wobei auch innerhalb der jeweiligen Lager Flügelkämpfe ausgetragen wurden und sie alles andere als einheitlich auftraten. Konservative Kreise schürten die Angst, ein landesweiter Generalstreik sei ein bolschewistischer Staatsstreich nach russischem und deutschem Vorbild mit dem Ziel eines revolutionären Umsturzes.⁶¹ Genährt wurde diese Angst vom Zusammenbruch der alten Ordnung in Deutschland und in Österreich im Herbst 1918, zudem stand der erste Jahrestag der russischen Revolution bevor. Auch hatten sich Flüchtlinge aus den kriegführenden Ländern seit 1917 an politischen Protesten in der Schweiz beteiligt.⁶² Klar kam diese Revolutionsangst im *Nidwaldner Volksblatt* zum Ausdruck, das nach der Truppenmobilisation am 9. November 1918 schrieb: «Nachdem der erste Schritt geschehen ist gegen die Umsturzpläne von zum grössten Teil ausländischen Elementen, die unser Schweizerland und Volk kalten Blutes in unnennbares Unglück stürzen möchten, nur um ihrem blutigen Traume von der ‹Weltrevolution› leben zu können, [...] soll nun einmal ganze Arbeit getan und das revolutionäre ausländische Gesindel mit Sack und Pack zum Lande hinaus

befördert werden.»⁶³ So überzeugt viele Zeitgenossen auch waren, dass ausländische Mächte ihre Hände im Spiel hatten, so eindeutig wurde dieser Vorwurf durch die historische Forschung im Nachhinein widerlegt.⁶⁴

Der Landesstreik im Innerschweizer Kontext

Während sich die Situation im November in vielen Gebieten der Schweiz zuspitzte, blieb in Nidwalden alles ruhig, und der Regierungsrat hielt an seiner Sitzung vom 18. November 1918 fest: «Wir sind glücklicherweise von Unruhen oder Nachwehen des Streikes verschont geblieben.»⁶⁵ In Nidwalden gab es während des Landesstreiks und auch danach keine Bürgerwehren.⁶⁶ Nidwaldner Truppen wurden jedoch in Luzern im Ordnungsdienst eingesetzt (siehe Artikel Jorio). Tragisch endete dieser für elf Soldaten, die in Luzern an der Spanischen Grippe erkrankten und ihr schliesslich erlagen (siehe Artikel Tscherrig).

Nidwalden und Obwalden waren die einzigen Innerschweizer Kantone, in denen nicht gestreikt wurde; in beiden gab es weder grosse Eisenbahnstandorte noch eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Dies im Unterschied zu Luzern, Zug, Schwyz und Uri: Im Kanton Luzern ruhte am ersten Streiktag in allen Industriebetrieben die Arbeit.⁶⁷ In Zug streikte knapp ein Viertel der Arbeiter der Firma Landis und Gyr – sie hatten für ihre Beteiligung einen unbezahlten Ferientag zu beziehen. Die SBB-Züge

Der Landesstreik vom November 1918

Im Februar 1918 schlug der Bundesrat eine umfassende Zivildienstpflicht vor, die bei der politischen Linken auf heftigen Widerstand stiess. Unter der Leitung von Robert Grimm schlossen sich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften im sogenannten Oltener Aktionskomitee (OAK) gegen die Vorlage zusammen. Das OAK wurde im Juli 1918 vom ersten Schweizerischen Arbeiterkongress mit der Vollmacht ausgestattet, einen Generalstreik vorzubereiten und gegebenenfalls auszulösen, um den Bundesrat in den anstehenden Verhandlungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu Konzessionen zu zwingen.

Ein Generalstreik schien vorerst jedoch nicht zu drohen. Als sich im Spätherbst in Deutschland und Österreich nach dem Zusammenbruch der Monarchien revolutionäre Unruhen abzeichneten und der erste Jahrestag der Russischen Revolution bevorstand, liess der Bundesrat in Zürich vorsorglich Truppen einmarschieren, um einer aus seiner Sicht möglichen Eskalation dieser Revolutionsfeiern vorzubeugen. Diese Machtdemonstration verursachte in der organisierten Arbeiterschaft grosse Empörung, und das OAK rief zu einem 24-stündigen Proteststreik gegen das Truppenaufgebot am 9. November 1918 auf. Die Arbeiterunion Zürich beschloss jedoch, diesen Streik unbefristet weiterzuführen. Bei der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration in Zürich kam am 10. November 1918 ein Soldat ums Leben und mehrere Demonstranten wurden verletzt, worauf das unter Zugzwang geratene OAK am 11. November 1918 einen unbefristeten Generalstreik – den Landesstreik – bis zur Erfüllung seiner Forderungen ausrief.

Der Forderungskatalog enthielt unter anderem die Einführung des Frauenstimmrechts, der 48-Stunden-Woche sowie einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die Sicherung der Lebensmittelversorgung, die Neuorganisation der Armee, die Tilgung der Kriegsschulden durch die Vermögenden und die sofortige Neuwahl des Nationalrats auf der Grundlage des Proporzwahlrechts. Der Bundesrat reagierte scharf und forderte in einem Ultimatum den bedingungslosen Abbruch des Streiks, an dem sich in den industriellen Zentren schweizweit rund 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Obwohl es nur zu einzelnen gewalttätigen Zusammenstössen kam – in Grenchen wurden drei Streikende erschossen –, brach das OAK den Landesstreik am 14. November 1918 ab, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Eine zentrale Forderung der Arbeiterschaft wurde trotzdem rasch erfüllt: 1919 wurde die 48-Stunden-Woche eingeführt, ausserdem bezog die eidgenössische Verwaltung vermehrt Gewerkschaftsvertreter in die Entscheidungsprozesse ein. Dennoch kam es in den 1920er-Jahren zu einer Verhärtung der politischen Fronten und zu einer Verschärfung des Klassenkampfes.

Parteigenossen, Gewerkschafter! Eisenbahner, Fixbesoldete!

In zwei imposanten Versammlungen habt Ihr Euch und Euern Klassengenossen brüderliche Treue und Solidarität geschworen. In jugendlichem Feuer steht Ihr heute im Kampfe für wahre Demokratie und Forderungen, die nicht mit Bajonetten erkämpft werden wollen.

Fabrikarbeiter und Staatspersonal, seid nur einig und fest entschlossen im gemeinsamen Ringen, im Abwehrkampfe um Euere heiligsten Rechte. Der Waffengewalt setzt Euern eisernen Willen entgegen. Wer Verrat übt, schändet seine Ehre und protegiert damit den blutrünstigen Militarismus.

Hoch unsere Ziele! Klar zum Gefecht auf der ganzen Front!

Das Platz-Aktionskomitee.

Neuestes Engli-Verbot.

Der innerschweizerische Regierungsrat hat heute

verboten, soweit nötig, in Betrieb zu lassen, hauptsächlich aber Lebensmittelgeschäfte, Metzgereien und ähnliche der Versorgung der Bevölkerung dienende Geschäfte.

mentan unbekannt. Das Betriebspersonal befindet sich komplett im Ausstand bis auf einige wenige Mann. Dagegen ist der Grossteil der Beamten zum Dienst angetreten.

Landesgeneralstreik. Die Glocke lautete unter freudiger Zustimmung: der letzte Mann in die Reihen für unser Programm.

Die Streikung der Kantonsstellen.

Der Centralschweizerische Demokrat rief während des Landesstreiks mit separaten Mitteilungsblättern zur Solidarität auf. Im Streikaufruf des Luzerner Komitees kommt die Empörung über das Militäraufgebot klar zum Ausdruck.

verkehrten nicht.⁶⁸ In Schwyz streikten die Eisenbahner der Gotthardbahn und der Südostbahn.⁶⁹ In der Munitionsfabrik Altdorf, in der Dätwyler AG, in der Karbidfabrik Gurtnellen und auf dem Bahnhof Erstfeld wurde ebenfalls nicht mehr gearbeitet. Der Bahnverkehr über den Gotthard kam zum Erliegen.⁷⁰ In Uri und Luzern war die Streikbeteiligung am grössten.

In weiten Kreisen des Bürgertums hielt die Angst vor einer drohenden Revolution auch nach dem Landesstreik an. So kam es am 17. Dezember 1918 zu einer Innerschweizer Konferenz in Luzern, an der besprochen wurde, wie bei einer Wiederholung des Generalstreiks vorzugehen sei. Die «streng konfidentielle Besprechung» thematisierte die Organisation eines Nachrichtendienstes, die

Rolle der Bürgerwehren, die Bewachung von Munitionsdepots, eine Verlegung des Korpssammelplatzes von Kriens («bei inneren Unruhen höchst ungünstig gelegen») nach Sarnen und Stans sowie die Bewachung der Achereggbrücke «während gefahrdrohenden Zeiten».⁷¹ Im Frühling 1919 bauten die Inner-schweizer Kantone einen Kurier- und Nachrichtendienst auf, um «der durch einen neuen Landesstreik beabsichtigten Lahmlegung des Verkehrs vorzubeugen». Mit Autos und Fahrradkurieren sollten Kommunikation und Nachrichtenaustausch in der Region gewährleistet werden.⁷² Die Regierungen der Ur-schweizer Kantone sprachen zudem den Schutz der öffentlichen Gebäude und der Banken sowie «die Aufrechterhaltung der Regierungsgewalt bei Ausbruch

eines Putsches oder einer Revolution» untereinander ab.⁷³

Schuldzuweisungen

Die Rhetorik blieb scharf und unver-söhnlich – auf beiden Seiten. Der Tod der an der Grippe verstorbenen Solda-ten wurde den Sozialisten angelastet.⁷⁴ Die Sozialdemokraten erwiderten, dass zur Zeit des Landesstreiks die Grippe in Nid- und Obwalden gewütet habe. Des-halb sei es verantwortungslos gewesen, «solche von der Grippe verseuchte Trup-penkontingente einzuberufen» und sie dann auch noch «in unbeheizten Kan-tonnementen auf Stroh» unterzubrin-gen. Es gab aber auch in der Nidwaldner Bevölkerung Leute, die die Grippetoten nicht den Streikführern anlasteten. So schrieb die Obbürger Bäuerin Christine Bircher-Flühler 1947 in der Biografie, die sie für ihren Mann zu dessen 70. Ge-burtstag verfasste, die Todesfälle hätten sich «in der Folge von mangelhafter Pflege» ereignet.⁷⁵

An der Landsgemeinde am 27. April 1919 hielt der damals 77-jährige konservative Landammann Jakob Wyrsh aus Buochs Rückschau auf das verflossene Jahr: «Die Eisenbahner und ein Grossteil der übr-igen Arbeiterschaft sagten, wir arbeiten nichts mehr. An den Bundesrat wurden horrende Bedingungen gestellt, die von diesem nicht erfüllt werden konnten.» Es folgte ein Exkurs über die Revolu-tion in Russland, als deren Folge dort Not und Elend herrschten. «Wir wis-sen selber in der Schweiz nicht, ob die-

se Lawine nicht auch noch über unsere Berge hereinbricht und uns unglücklich macht.» Er stellte einen Vergleich mit dem Einfall der französischen Truppen 1798 in Nidwalden an – dasselbe schei-ne nun Europa zu drohen. Zum Schluss erläuterte er «Schuld und Ursache» für das Vorgefallene: «Es ist der Unglaube, der die Grundlagen der Staatsordnung untergräbt. [...] Die 10 Gebote Gottes sind das Fundament des Staatsgebildes, und der Staat, der nicht auf diese Gebote aufbaut, der baut auf Sand. Es geht dann wie bei der Sündflut, wo alle Völker überschwemmt werden mit Unglück und Not.» Es folgte ein Appell, die Nidwald-ner sollten an den hergebrachten Grund-sätzen festhalten, denn der Unglaube und die Nichtbeachtung der zehn Ge-bote Gottes seien eines Unterwaldners unwürdig.⁷⁶ Einmal mehr zeigte sich hier die katholisch-konservative Grund-haltung gegenüber der Sozialdemokra-tie, wie sie sich bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert herausgebildet hatte.

Im Bettagsmandat der Schweizer Bischö-fe, das 1920 von allen Kanzeln verlesen wurde, ging die Amtskirche noch einen Schritt weiter und schloss die Sozialisten förmlich aus: Wer sich offen zum System des Sozialismus bekannte, wurde grund-sätzlich vom Empfang der Sakramente ausgeschlossen, da er ihrer nicht mehr würdig sei. Wer aus schwerwiegenden Gründen dazu gezwungen sei, für die sozialistische Sache zu wirken, musste sich darüber mit seinem Pfarramt ab-sprechen. Falls dieses ein «Verbleiben» duldete, hatte der Betreffende auf öffent-liche Agitation zu verzichten, «damit für



Plakat zu den Luzerner Nationalratswahlen 1919: Nach dem Landesstreik wurde den Sozialdemokraten weiterhin unterstellt, sie strebten einen revolutionären bolschewistischen Umsturz an.

ihn oder andere keine schweren Gefahren der Seele erwachsen». Religiöse Sozialisten, die es durchaus gab, hatten in der offiziellen Kirche keinen Platz, denn ihnen wurde vorgeworfen, sie wollten die katholischen Arbeiter zum Abfall von ihrer Kirche bewegen. Die wenigen katholischen Vertreter des Religiösen Sozialismus wurden unterdrückt und ihre Bücher verboten.⁷⁷ Dadurch vertiefte sich die Kluft zwischen den beiden Polen weiter: Die Sozialdemokraten waren endgültig als Religionsfeinde und gottlose Revolutionäre gebrandmarkt, die konservativen Katholiken im Gegenzug

als Verräter an den Arbeiterinteressen und als Bewahrer des ausbeuterischen Kapitalismus.

«Retter der Schweiz»

Die Unterstellung, dass ein revolutionärer bolschewistischer Umsturz das Ziel des Oltener Aktionskomitees gewesen sei, prägte das Selbstverständnis der Soldaten, die im Ordnungsdienst eingesetzt worden waren. An der Landratssitzung vom 7. Dezember 1918 gedachte Landratspräsident Alois Bucher der Verstorbenen: «Auserwählte Truppen mussten aufgeboten werden. Unsere Soldaten des Bataillons 47 sind dem Rufe des Vaterlandes gefolgt. Sie haben nun das Schweizerhaus vor Unehre und Schande gerettet. Aber so mancher junge Krieger musste sein Leben lassen. Eine unheimliche Krankheit, die Grippe, suchte sich unter ihnen manches Opfer. Sie starben alle für das Vaterland. Ehre solchem Opfersinn; Ehre solcher Treue.»⁷⁸ Auch der populäre *Nidwaldner Kalender* vertrat die Retter-These: «Nach dem Generalstreik sagte man mit gutem Grund: «Die Katholiken und die Bauern haben das Vaterland gerettet.»⁷⁹ Diese Selbstwahrnehmung als Retter der Schweiz gegen die vermeintlich bolschewistisch unterwanderte Linke prägte über lange Zeit das vergiftete politische Klima in der Schweiz. Das Retter-Motiv führte, auch in Nidwalden, zur Errichtung von Soldatendenkmälern (siehe Artikel Odermatt). Noch 1937 kam es in einer Nidwaldner Militärraffäre zum Tragen – allerdings im umgekehrten

Sinn. Nach Disziplinverstössen anlässlich eines Defilées kritisierten liberale Kreise, dass ländliche katholische Truppen wegen ihres Einsatzes während des Landesstreiks als Retter des Vaterlands verehrt würden. Dies sei ihnen in den Kopf gestiegen und habe die Disziplin der Truppe unterminiert.⁸⁰

Dass Truppen aus katholisch-konservativen Landesteilen an den neuralgischen Orten eingesetzt wurden, hinterliess «tiefe Spuren im katholischen Kollektivbewusstsein [...]. Endlich schienen überlebte antikatholische Vorurteile aufgebrochen.»⁸¹ Endlich konnten die Katholiken das Stigma, unzuverlässige Patrioten zu sein, ablegen. Es war quasi der letzte Schritt zu ihrer Integration in den freisinnigen Bundesstaat.

Fazit: Kein Landesstreik in Nidwalden

Dass in Nidwalden der Landesstreik nicht stattfand, lässt sich auf verschiedene Gründe zurückführen. Ein Hauptgrund war, dass es eine zu kleine Basis gab, die den Landesstreik hätte mittragen können, denn ein Fabrikarbeiter-Elend grösseren Ausmasses wird in den Quellen nicht beschrieben. Ebenfalls wichtig: Anders als Uri, Schwyz und Luzern hatte Nidwalden keine grossen Eisenbahnstandorte. Die meisten Eisenbahner waren nämlich in sozialdemokratisch ausgerichteten Gewerkschaften organisiert und befolgten grösstenteils die Streikparole. Was für die gesamte Schweiz gilt, trifft somit auch für die

Innerschweiz zu: Gestreikt wurde dort, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften stabil verankert und gut organisiert waren.⁸² In Nidwalden (und auch Obwalden) war dies nicht der Fall, denn es gab nur eine geringe Anzahl Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter, keine SP und somit keine kontinuierlich organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft.

Dass Letztere es schwer hatte, lag auch am offensiven, ja unerbittlichen Kampf, den der politische Katholizismus gegen sozialdemokratische Ideen führte. Die katholische Kirche – und an ihrer Seite die konservative Führungsschicht – übte einen dominanten Einfluss auf die Weltanschauung und die Lebensführung der Menschen aus. Die katholischen Sozialreformer wollten ihre Ziele innerhalb des herrschenden Systems erreichen. Wer von Revolutionen sprach, handelte in ihren Augen verantwortungslos. Da der Sozialismus die institutionelle Kirche offen ablehnte, wurde er von ihr als gottlos und gefährlich gebrandmarkt. In diesem geistigen Klima hatte es die Sozialdemokratie schwer, Fuss zu fassen. Katholisch-Konservative aller Schattierungen standen zudem einem landesweiten Streik (Generalstreik) als politischem Kampfmittel äusserst ablehnend gegenüber.

Die Nidwaldner Lohnabhängigen waren zwar grösstenteils Proletarier in dem Sinn, dass sie im Vergleich zu heute sehr wenig verdienten und wenig besaßen. Die Zugehörigkeit zur katholischen Religion war für die kollektive Identität jedoch prägender als die Zugehörigkeit zur Klasse der Arbeiter oder Angestellten. Die Katholisch-Konservativen

und die Christlichsozialen bemühten sich mit ihren religiösen und geselligen Vereinen, ihren Genossenschaften und ihren Krankenkassen zudem aktiv um die Bedürfnisse der Bevölkerung. In Nidwalden führte der Sozialpolitiker Hans von Matt-Odermatt diese Bewegung an. Er war einer der führenden Köpfe des politischen Katholizismus in diesen Jahren. Im Gegensatz zu vielen anderen Konservativen förderte er aktiv Verbesserungen für die Arbeiterschaft. Unermüdlich trieb er mit grossem persönlichem Einsatz die katholischen Vereinsgründungen voran. Seine weiteren sozialen Initiativen, zum Beispiel für Behinderte und verarmte alte Menschen, machten ihn glaubwürdig.⁸³

Eine grössere Kapitalisten- oder Fabrikantenklasse als Feindbild und Hassobjekt fehlte weitgehend: Skrupellose Kriegsgewinnler und Spekulanten oder wohlhabende Fabrikbesitzer, die ihren Reichtum offen zur Schau stellten und so für wachsende Erbitterung sorgten, sind in den Quellen nicht zu finden.⁸⁴ Das breit akzeptierte patronale System verhinderte wohl eine Entfremdung zwischen den Klassen. In den Monaten vor dem Landesstreik erkämpfte sich die Arbeiterschaft zudem verschiedenorts bessere Arbeitsbedingungen.

Eine politische Marginalisierung, wie sie Arbeiter in den industriellen Zentren

erlebten, das ständige Übergehen ihrer Bedürfnisse und Interessen – das fand in der Wahrnehmung der konservativen Mehrheit nicht statt. Das «Volk», das heisst die männlichen Schweizer Bürger, hatten mit der Landsgemeinde eine effektive Möglichkeit, gegen die Obrigkeit vorzugehen und der Regierung entgegenzutreten. Deshalb gab es auch für das in der Generalstreikbewegung wichtige Motiv des Kampfes um politische Teilhabe kaum Nährboden. An der Landsgemeinde konnte jeder Anträge stellen, auch ein einfacher Arbeiter, Bauer oder Handwerker, was auch regelmässig geschah. Mit den Wahlen von Regierung, Gerichten und wichtigen Staatsbeamten bot die Landsgemeinde zudem die Möglichkeit, unliebsame Amtsträger abzustrafen. Ein Beispiel ist die Abwahl von Militärdirektor Adalbert Wymann im Jahr 1919 (siehe Artikel Steiner).

Insgesamt war zudem die Not der Bevölkerung durch Hunger und Arbeitslosigkeit weniger stark ausgeprägt als in den industriellen Zentren, wozu auch verschiedene behördliche Massnahmen beitrugen. Dieser Faktor, das Fehlen sozialdemokratischer Gruppierungen sowie die gesellschaftlichen Strukturen mit der dominanten katholischen Kirche waren wohl die wesentlichsten Gründe dafür, dass der Landesstreik im November 1918 in Nidwalden nicht stattfand.

1 Der Artikel ist in Zusammenarbeit mit Hanspeter Lussy, Gymnasiallehrer in Zürich, entstanden.

2 Hodel, Volkspartei, S. 25; Holenstein, Arbeiterbewegung, S. 248. Zum Landesstreik: Degen, Landesstreik; Gautschi, Landesstreik; Rossfeld, Streik! Das Bürgertum umfasste die Freisinnigen,

die Konservativen und die ab 1917 gegründeten kantonalen Bauernparteien (heute SVP).

3 Baumgartner, Wirtschaft, S. 50.

4 Odermatt, Wirtschaft, S. 15–17.

5 Baumgartner, Wirtschaft, S. 50–52.

6 Odermatt, Wirtschaft, S. 64.

- 7 Hodel, Wirtschaft.
- 8 CD, 23.8.1913, Beilage, und 26.4.1917, S. 1.
- 9 Historische Statistik, S. 405: 1910 hatte Uri 882 und Schwyz 721 Eisenbahnangestellte (ohne Bergbahnen). In Nidwalden waren es nur 93.
- 10 Schleifer-Stöckli, Tourismus, S. 32.
- 11 Odermatt, Unterwalden, S. 228.
- 12 Standardwerk dazu: Altermatt, Katholizismus.
- 13 Ebd., S. 125.
- 14 Spieler, Marginalisierung, S. 275.
- 15 Ebd., S. 277.
- 16 UW, 4.2.1897, S. 2; 14.1.1905, S. 3.
- 17 UW, 17.5.1899, S. 1.
- 18 Odermatt, Lebenserinnerungen, S. 13.
- 19 Dommer/Gruner, Sozialdemokratie, S. 296.
- 20 1901 war schweiz. Grütliverein der SP beigetreten.
- 21 Amtsblatt 1904, nicht-amtl. Teil, S. 377.
- 22 UW, 7.5.1904, S. 3.
- 23 NV, 2.4.1904, S. 1.
- 24 Mattioli, Katholizismus, S. 9. Grundlage war die Enzyklika «Rerum novarum», die Papst Leo XIII. 1891 veröffentlicht hatte.
- 25 NV, 6.2.1897, S. 2.
- 26 NV, 12.11.1898, S. 2.
- 27 NV, 17.12.1904, S. 2.
- 28 NV, 17.12.1904, S. 2; 24.12.1904, S. 2. Zum Volksverein: Altermatt, Ghetto, S. 299–329.
- 29 Spieler, Marginalisierung, S. 261.
- 30 Zit. in Holenstein, Arbeiterbewegung, S. 240.
- 31 Arbeiter, 1.9.1917, zit. in Holenstein, Arbeiterbewegung, S. 241. Vgl. auch Holenstein, Christlichsoziale. Auch Teile der SP standen einem Generalstreik sehr kritisch gegenüber.
- 32 NV, 29.6.1907, S. 2.
- 33 Amtsblatt 1908, nicht-amtl. Teil, S. 1042.
- 34 Amtsblatt 1909, nicht-amtl. Teil, S. 1026.
- 35 NV, 28.5.1910, S. 2.
- 36 CD, 5.6.1914, Beilage.
- 37 CD, 26.4.1917, S. 1.
- 38 Dommer/Gruner, Sozialdemokratie, S. 296–297.
- 39 Geschichte SP Uri.
- 40 Mitteilung von Erwin Horat vom 4.6.2018; Horat, Gedenket. Nach dem Landesstreik spaltete sich die Arbeiterpartei von der Liberalen Partei ab.
- 41 CD, 5.6.1914, Beilage.
- 42 Hodel, Volkspartei, S. 18.
- 43 CD, 28.5.1915, S. 1.
- 44 NV, 22.4.1922, S. 3: 1922 erwachte der Volksverein Stans aus dem «Dunkel, in das ihn die Ungunst der Kriegsjahre versenkt hatte».
- 45 RR P, RRB Nr. 35 vom 3.6.1918, S. 388–389.
- 46 Zum Beispiel RR P, RRB Nr. 36 vom 3.6.1918, S. 389. Der RR leitete eine Untersuchung gegen die Kalk- und Zementfabrik Beckenried ein, weil sie einen Unfall nicht gemeldet hatte und dem Verunfallten «die Auszahlung des vollen Lohnes» verweigerte.
- 47 Für Basel: Meier, Notstand.
- 48 CD, 1.9.1917, Beilage.
- 49 Zum Vergleich: Ein Hilfsarbeiter-Taglohn betrug rund 4 Franken.
- 50 NV, 3.2.1917, S. 2.
- 51 Vgl. dazu Jaun/Straumann, Verarmung.
- 52 Kollektive Aktionen zur Verbesserung oder Verteidigung von Lohn- und anderen Arbeitsbedingungen.
- 53 CD, 24.4.1919, S. 3.
- 54 RR P, RRB Nr. 29 vom 18.5.1918, S. 374. Die Einigungsstelle war am 18.3.1918 geschaffen worden: Amtsblatt 1918, S. 297–301.
- 55 RR S, 8.7.1918, Entwürfe Fabrikreglement und Korrespondenz.
- 56 CD, 2.12.1915, S. 1–2.
- 57 RR P, RRB Nr. 2 vom 4.10.1918, S. 496–497; Nr. 4 vom 7.10.1918, S. 498–499; Nr. 17 vom 14.10.1918, S. 505; CD, 18.6.1918, S. 3.
- 58 RR P, RRB Nr. 21 vom 5.8.1918, S. 446; NV, 17.8.1918, S. 2.
- 59 NV, 25.5.1918, S. 3.
- 60 NV, 5.1.1918, S. 2; LR P, 7.12.1918.
- 61 Hodel, Volkspartei, S. 21.
- 62 Portmann-Tinguely/von Cranach, Flüchtlinge.
- 63 NV, 9.11.1918, S. 1–2.
- 64 Zum Beispiel Degen, Landesstreik.
- 65 RR P, RRB Nr. 3 vom 18.11.1918, S. 531.
- 66 RR P, RRB Nr. 274 vom 17.2.1919, S. 39.
- 67 Buomberger, Kampfrhetorik, S. 351; Schelbert, Landesstreik Luzern.
- 68 Jacobi, Generalstreik.
- 69 Horat, Gedenket, S. 317–323.
- 70 Urner Zeitung, 1.10.2014.
- 71 RR P, RRB Nr. 39 vom 23.12.1918, S. 566–567.
- 72 RR S, 31.3.1919, Planungsbericht.
- 73 RR P, RRB Nr. 546 vom 7.4.1919, S. 79.
- 74 Zu den politischen Folgen dieser Schuldzuweisung: Horat, Gedenket.
- 75 StANW OA 3-3/2:9, Jakob Bircher, Kap. «Grippe».
- 76 LG P, 27.4.1919.
- 77 Spieler, Marginalisierung, S. 263–270; Zitat nach Eggel, Hilar: Schweizer Sozialisten und Religion. Diplomarbeit, Luzern 1977, S. 56.
- 78 LR P, 7.12.1918.
- 79 NK 1920, S. 23.
- 80 StA NW, D 2832-6/5, Handakten Baudirektor Remigi Joller: Affäre Defilée in Stans.
- 81 Hodel, Volkspartei, S. 23.
- 82 Buomberger, Kampfrhetorik, S. 355.
- 83 Zu seinem vielfältigen Wirken: von Matt, Landammann.
- 84 StANW, A 1335, Steuerregister der Gemeinden 1916–1917: Die wenigen Fabrikanten gehörten nicht zu den Reichsten des Kantons.